

Vorläufige Erleichterungen für die Übergangszeit: Für eine Übergangszeit von etwa 3 Wochen werden Bahnsendungen aus Deutschland, die ohne Ursprungszeugnis im Saargebiet angekommen sind, dem Empfänger ausgehändigt gegen vorläufige Hinterlegung des Zolles bei der Eisenbahnverwaltung und gegen die Verpflichtung, innerhalb 20 Tagen das Ursprungszeugnis nachträglich beizubringen. Eine Verlängerung dieser 20tägigen Frist kann auf Ersuchen gewährt werden. Nach Beibringung des Ursprungszeugnisses wird der hinterlegte Zoll zurückerstattet.

B. Postpaketverkehr. Aus dem Reich nach dem Saargebiet: Zulässig nur Postpakete bis zu 5 kg. Päckchen als solche unzulässig, werden wie Postpakete behandelt. Gelbe Paketkarten vorläufig noch benutzbar, ab 1. Februar grüne (Auslandsformular).

Grundsätzlich kommen die für das Zollaussland geltenden Bestimmungen zur Anwendung.

Jeder Paketkarte ist je eine Zollinhaltsklärung in deutscher (grünes Formular) und französischer (weißes Formular) Sprache beizufügen.

Um Zollfreiheit der Waren zu erlangen, ist ein Ursprungszeugnis über den deutschen Ursprung und die deutsche Herkunft der Waren beizubringen.

Außerdem beizufügen ein statistischer Anmeldechein und eine Ausführerklärung; letztere mit dem Vermerk des Absenders: »Enthält außer der Faktura keinerlei schriftliche Mitteilung«. Für jedes eingehende und im Saargebiet in Zollbehandlung genommene Paket ist vom Empfänger im Saargebiet eine statistische Gebühr von 25 Cts. zu entrichten, zu berechnen nach dem jeweiligen Kursstand.

Außerdem eine Verzollungsgebühr von 30 Pfg. dafür, daß die Postverwaltung den Empfänger bei der zollamtlichen Abfertigung vertritt.

Dringend zu empfehlen, nur dauerhaftes Packmaterial zu benutzen, um sonst erwachsende Kosten für neue Verpackung zu ersparen.

Wie uns von der Reichspost mitgeteilt wird, sind die bisherigen Beschränkungen im Postauftrags-, Nachnahme-, Postanweisungs-, Zahlungsanweisungs-, Zahlkarten-, Wertbrief- und Wertpaketverkehr zwischen dem unbesetzten Deutschland und der Rheinpfalz (ausschl. des zum Saargebiet gehörigen Teils) bis auf weiteres weggefallen, sobald dieser Verkehr von jetzt an nach den allgemeinen deutschen Bestimmungen stattfindet.

Der Ausverkauf Deutschlands wird fortgesetzt. — Aus dem Brückenlopf Kehl wird der »Deutschen Tageszeitung« geschrieben: Kein Mittel ist unseren Gegnern zu unfein, wenn es nur gelingt, uns zu schädigen und ihre Taschen zu füllen. Neuester Beweis: Zwei Elsäßer gründeten vor etwa zwei Monaten in unserm, von den Franzosen besetzten Kehl die gut deutsch klingende Firma: »Rheinische Druckerei und Verlagsanstalt«. Inhaber dieser Firma sind ein früherer Postassistent namens Wendling in Straßburg und der Verleger eines Fachblättchens, ein Herr Schneider aus Bischweiler. Nennung der Firmmenthaber ist deshalb nötig, weil die Herren je nach Bedarf auch ohne Firmenbezeichnung einzukaufen suchen. Einem von Kehl verzogenen Besitzer kauften sie dessen Druckerei sowie das dazu gehörige Papier zu einem den jetzigen Verhältnissen überaus niedrigen Preise ab. Was taten nun diese Jung-Franzosen? Trotzdem daß in Deutschland strengstes Ausfuhrverbot für Papier besteht, gelang es ihnen, das Papier über die Rheinbrücke nach Straßburg hinüberzuschicken. Es steht fest, daß an diesem einen Geschäft etwa eine Achtelmillion Mark verdient und daß auch weitere »Transaktionen« schon vorgenommen wurden, von denen aber an Deutschland weder eine Wertzuwachssteuer noch irgendeine andere Steuer zu bezahlen ist. Die Herren wohnen ja nicht in Kehl, sondern in Straßburg und Bischweiler und kommen nur jeden Tag nach Kehl herüber. Wie man sich hier in Kehl erzählt, besteht nun der Plan, recht viel Papier über die Kehler Rheinbrücke nach Frankreich zu liefern, wo das Papier noch viel teurer ist als bei uns. Zur Ausführung dieses Planes fehlt nur die Beihilfe der deutschen Papierfabriken und Papierhandlungen, die es sich nach dieser Aufklärung wohl überlegen werden, an die französische Firma mit dem guten deutschen Namen: »Rheinische Druckerei und Verlagsanstalt« anders als in Frankenwährung zu liefern. In Deutschland können Zeitungen wegen des ständig sich vergrößernden Papiermangels nicht mehr erscheinen. Elsäßer-Franzosen aber transportieren unser Papier über die Rheinbrücke und erhöhen weiter unsere ohnedies furchtbare Papier-Kalamität!!! Armes Deutschland!

Post. — Nach dem Königreich der Serben, Kroaten und Slovenen sind von jetzt an nicht nur Zeitungen technischen und wissenschaftlichen Inhalts als Druckfachen zugelassen, sondern Zeitungen und Druckfachen jeder Art, sofern ihr Inhalt nicht gegen die Interessen dieses Landes verstößt.

Idyll aus einer »Lesebibliothek« in Würzburg im Jahre 1800. — Heinrich von Kleist schreibt am 14. September 1800 an Wilhelmine von Zenge:

»Nirgends kann man den Grad der Kultur einer Stadt und überhaupt den Geist ihres herrschenden Geschmacks schneller und doch zugleich richtiger kennen lernen als — in den Lesebibliotheken.

Höre, was ich darin fand, und ich werde Dir ferner nichts mehr über den Ton von Würzburg zu sagen brauchen.

»Wir wünschen ein paar gute Bücher zu haben.« — Hier steht die Sammlung zu Befehl. — »Etwas von Wieland.« — Ich zweifle fast. — »Oder von Schiller, Goethe.« — Die möchten hier schwerlich zu finden sein. — »Wie? Sind alle diese Bücher vergriffen? Wird hier so stark gelesen?« — Das eben nicht. — »Wer liest denn hier eigentlich am meisten?« — Juristen, Kaufleute und verheiratete Damen. — »Und die unverheirateten?« — Sie dürfen keine fordern. — »Und die Studenten?« — Wir haben Befehl, ihnen keine zu geben. — »Aber sagen Sie uns, wenn so wenig gelesen wird, wo in aller Welt sind denn die Schriften Wielands, Goethes, Schillers?« — Halten zu Gnaden, diese Schriften werden hier gar nicht gelesen. — »Also Sie haben sie gar nicht in der Bibliothek?« — Wir dürfen nicht. — »Was stehen denn also eigentlich für Bücher hier an diesen Wänden?« — Rittergeschichten, lauter Rittergeschichten, rechts die Rittergeschichten mit Gespenstern, links ohne Gespenster, nach Belieben. — »So, so.«

(Blätter für Volksbibliotheken 1. Jahrg., Heft 1.)

Postgebühren und Materialpreise. — Man schreibt uns: Obwohl die Postverwaltung erst am 1. Oktober eine allgemeine Erhöhung der Post-, Telegraphen- und Fernspreckgebühren vorgenommen hat, beschäftigt sie sich bekanntlich schon wieder mit den Vorarbeiten für einen neuen noch teureren Tarif, weil bereits jetzt vorausgesehen werden kann, daß der Posthaushalt des Rechnungsjahres 1920 mit einem Defizit von mindestens einer Milliarde Mark abschließen wird. Diese einfach riesenhafte Unterbilanz, die noch über das hinausgeht, was der gesamte Postetat für 1919 an Einnahmen vorsieht, ist nicht etwa lediglich auf die von der Regierung kürzlich verfügte Erhöhung der Teuerungszulagen der Reichspostbeamten um 150% und die weiter notwendig gewordene Aufbesserung der Löhne der Posthilfskräfte und Telegraphenarbeiter zurückzuführen; sie wird vielmehr sehr wesentlich noch durch das fortgesetzte, sprungweise Steigen aller Materialpreise bestimmt, was ja auch die Zeitungsverlage zwingt, vom 1. Februar ab eine über den bisherigen Rahmen bedeutend hinausgehende Bezugspreiserhöhung vorzunehmen. Vergleicht man die derzeitigen Beschaffungskosten der wichtigsten Beförderungsmittel, Baumaterialien und sonstigen Bedarfsgegenstände der Reichspost mit denen des Jahres 1914, so beträgt die Steigerung in Prozenten für Bahnpostwagen 208, Postautos 300, Paketbestellwagen 400, Telegraphenapparate 300 bis 1000, Telegraphenstangen 800, Eisendraht 1939, Bronzedraht 1508, Porzellandoppelgloden 491, Kabel 1426, Brieffasten 384, Bindfaden 1488, Möbel 300 bis 600, Posthaus-Baumaterial 500 bis 1653 und Bauarbeiterlöhne 270 bis 667. Diese Sätze, die sich auf den Stand vom 1. Januar beziehen, sind inzwischen teilweise schon wieder überholt. Schon allein aus diesem Grunde kann man sich daher nicht darüber wundern, wenn die am 1. Oktober v. J. vorgenommene Erhöhung der Post-, Telegraphen- und Fernspreckgebühren, die gegenüber dem Friedensstarif durchschnittlich 100% ausmacht, unter den gegenwärtigen abnormen Verhältnissen trotz aller Bemühungen der Postverwaltung, ihre Einnahmen und Ausgaben auch nur einigermaßen zu balancieren, ohne den erhofften Erfolg bleiben muß.

Errichtung von amerikanisch-polnischen Druckereien in Polen. — Mit Hilfe von erheblichen Geldmitteln, die amerikanische Polen gesammelt haben, soll eine ganze Anzahl von Druckereien und Buchbindereien in Polen gegründet werden. Für Warschau kommen vorerst drei große neue Druckereien, für Lodz, Krakau, Lemberg und Lublin je zwei und für Czestochau, Radom und Danzig je eine neue Druckerei in Frage. Die Eröffnung der Betriebe wird in einigen Monaten erfolgen, das Papier liefert Finnland. Maschinen und Schriften werden aus Amerika bezogen; auch amerikanische Fachleute werden in diesen polnischen Betrieben Anstellung finden.

Ein Preisaus schreiben des Deutschen Monistenbundes wird von der Geschäftsstelle des Bundes in München (Professor Dr. Gurlitt) erlassen. Es werden 10 000 Mark zur Beschaffung von Lehrbüchern für einen konfessionsfreien Moralunterricht auf wissenschaftlicher Grundlage ausgesetzt. Als Preisrichter sind vorgesehen: Professor Dr. Ludwig Gurlitt (München), W. Börner, G. Höft, Dr. Penzig und Professor Arnold. Termin der Einlieferung ist der 31. Oktober 1920.